

Beschluss des Landesparteitags der FDP Bremen am 20. November 2021

Klare Kante gegen Linksextremismus

Bremen ist eine Hochburg des Linksextremismus. Nach den Erkenntnissen des Bremer Verfassungsschutzes existiert in Bremen seit Jahren eine aktive, gut organisierte und bundesweit vernetzte gewaltorientierte linksextremistische Szene, der ca. 240 Personen angehören. Darüber hinaus ist es linksextremen Gruppierungen möglich, auch kurzfristig über 200 Personen für spontane Aktionen zu mobilisieren. Dass Bremen nach Berlin, Hamburg und Leipzig eine Hochburg des Linksextremismus ist, zeigt sich zum einen anhand der Zahl und Vielfalt von Protestaktionen und Veranstaltungen und zum anderen anhand der linksextremistisch motivierten Brandanschläge und Sachbeschädigungen. Die Anzahl der linksextremistischen Gewalttaten nimmt aktuell stark zu: Waren im Jahr 2019 noch 31 Sachbeschädigungen und Brandanschläge gegen Einrichtungen, Gebäude sowie Fahrzeuge zu verzeichnen, stieg die Zahl dieser sog. „militanten Aktionen“ im Jahr 2020 auf 51 an. Auch auf Bundesebene ist die Tendenz steigend: Im Jahr 2019 wurden 127 Straftaten im Bereich politisch motivierter Kriminalität (PMK)-Links und im Jahr 2020 237 Straftaten bekannt. Bremen lag im Jahr 2019, was Straftaten im Bereich PMK-Links anbelangt, leicht über dem Bundesdurchschnitt. Unter linksextremistischen Zielen verstehen wir solche, die die bestehenden Staatsstrukturen überwinden und stattdessen ein kommunistisches oder anarchistisches System einführen wollen. Sie richten sich damit gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die nach der Rechtsprechung des BVerfG in dem gem. Art. 79 Abs. 3 GG unveränderlichen Kern unserer Verfassungsordnung zum Ausdruck kommt und die Garantie der Menschenwürde sowie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip beinhaltet. In Abgrenzung dazu ist für uns als Liberale jede Kritik an politischen Verhältnissen, die sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt, als Ausdruck der Meinungsfreiheit selbstverständlich legitim.

Wir Freie Demokraten Bremen lehnen jede Form von Extremismus ab und betrachten die aktuelle Entwicklung daher mit großer Sorge. Um die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken, fordern wir hiermit ein entschlosseneres Vorgehen gegen Linksextremismus im Land Bremen:

Wir erwarten von allen politischen und gesellschaftlichen Akteuren, ihrer Vorbildfunktion und Verantwortung für die Demokratie und Debattenkultur gerecht zu werden und sich von linksextremistischen Bestrebungen zu distanzieren. Die Verharmlosung von Linksextremismus muss daher ein Ende haben. Insbesondere vom Bremer Senat erwarten wir, Linksextremisten nicht länger zu dulden oder mit ihnen zu verhandeln, wie beispielsweise im Fall der besetzten „Dete“. Auch linksextremistische Symbole sind im öffentlichen Raum nicht zu dulden. Stattdessen sind in solchen Fällen die rechtsstaatlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Um Radikalisierungsprozessen so früh wie möglich entgegenwirken zu können, ist zunächst ein Verständnis dieser gesellschaftlichen Prozesse erforderlich. Ein wichtiger Baustein einer wehrhaften Demokratie ist daher neben der Beobachtung und Verfolgung auch die Erforschung von Extremismus. Während es zu anderen Formen des Extremismus eine umfangreiche Forschungslandschaft gibt, ist diese im Bereich Linksextremismus unserer Ansicht nach zu dünn. Daher setzen wir uns für eine intensivere Erforschung von Linksextremismus im Land Bremen ein und fordern hierzu die Einrichtung eines Forschungsprojekts an einer der Bremer Hochschulen, welches die Grundlagenforschung zu Radikalisierungsprozessen und Militanz in Bremen vorantreibt. Dieses sollte sowohl sozialstrukturanalytische Methoden als auch sozial-psychologische Ansätze beinhalten, um ein umfassenderes Bild der gewaltorientierten linksextremistischen Szene in Bremen zu erlangen. In diesem Zuge fordern wir auch eine detailliertere Aufschlüsselung linksextremer Gewalttaten in allen Statistiken. So gibt es beispielsweise im Bereich Antisemitismus keine eigene Kategorie für linken Antisemitismus.

Auch die Prävention im Bereich Linksextremismus in Bremen ist ausbaufähig. Zwar gibt es in Bremen mehrere Projekte, die generell demokratiefördernd sind, wie z.B. „Schule ohne Rassismus“. Ein konkretes Projekt gegen Linksextremismus fehlt jedoch. Daher fordern wir die Einrichtung eines solchen Präventionsprogramms gegen Linksextremismus. Dazu zählen eine ehrliche und umfassende Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat. Daher muss die zweite deutsche Diktatur ein fester Bestandteil des Geschichtsunterrichts im Land Bremen sein, um Schülerinnen und Schüler für die Gefahren des Linksextremismus zu sensibilisieren.

Linksextremisten sind teilweise bis in staatliche Strukturen und Parteien hinein vernetzt. Die Unterstützung und Finanzierung von Linksextremisten aus öffentlichen Geldern sowie den Geldern von Studierenden ist zu unterbinden, insbesondere an den Hochschulen. Den AStA der Universität Bremen fordern wir auf, nicht länger mit im Verfassungsschutzbericht aufgeführten linksextremistischen Organisationen wie etwa der „Interventionistischen Linken“ oder „Ende Gelände“ zusammenzuarbeiten.

Die Opfer linksextremistischer Gewalttaten wollen wir mit einem staatlich geförderten Opferfonds unterstützen, der beispielsweise Opfern von Sachbeschädigungen und Brandstiftungen schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfe ermöglicht.